KZ-Friedhof Birnau 10. Mai 2025

Liebe Freundinnen und Freunde von der ANPI und vom Comitato de Resistenza Colle de Lys,
liebe Kameradinnen und Kameraden,
liebe Gäste,

ich bin heute sehr gern hierhergekommen, vielen Dank für die Einladung.

Zum zweiten Mal konnte ich Oswald Burgers Stollenführung mitmachen, und wieder war ich sehr beeindruckt. Wie so viele ihrer Hinterlassenschaften dokumentiert der 4 km lange Stollen, den 700 – 800 Zwangsarbeiter aus dem KZ Dachau in den Fels sprengen und schlagen mussten, die Menschenverachtung der deutschen Faschisten. 243 von ihnen erlebten die Befreiung durch die französische Armee am 25. April 1945 nicht mehr.

Am 8. Mai war endlich ganz Europa von der Geißel des Faschismus befreit.

Von unserem Kameraden Peter Gingold, der als jüdischer Kommunist nicht nur in der französischen Résistance kämpfte und schon an der Befreiung von Paris teilgenommen hatte, sondern danach als Frontbeauftragter des Nationalkomitees Freies Deutschland die Resistenza begleitete, wissen wir, mit welcher Freude in Italien nicht nur die Befreiung Italiens am 25. April 1945, sondern auch die Zerschlagung des Nazi-Regimes am 8. Mai gefeiert wurde.

Er berichtete:

„Den 8. Mai erlebte ich in Turin. Das unaufhörliche Glockengeläut verkündete das Ende des Krieges, den Frieden. Dann war ich unter Hunderttausenden jubelnden, tanzenden Menschen im Zentrum der Stadt: das Bella Ciao, Avanti popolo, Bandiera rossa bis tief in die Nacht unter den Klängen der Mandolinen. ...

Monate zuvor, in den August-Tagen 1944 die Erhebung der Pariser Bevölkerung, die ihre Stadt selbst befreit hat ... Dort war ich inmitten von zwei Millionen glückstrahlenden, jubelnden, sich gegenseitig umarmenden Menschen auf der Champs-Elysee, Paris libre, Paris frei!

.... Es waren die erhabensten Erlebnisse in meinem Leben.“

Anders als in Turin herrschte in deutschen Straßen am 8. Mai kein Jubel. Deutschland war das Land der Täterinnen und Täter, die besiegt werden mussten, um dem millionenfachen Morden, den ungeheuren Menschheitsverbrechen der deutschen Faschisten ein Ende zu setzen. Mehr als 55 Millionen Menschen waren Nazi-Terror, Vernichtungskrieg und

Völkermord zum Opfer gefallen. Sie bezahlten den deutschen Griff nach der Weltherrschaft mit unvorstellbarem Leid und ihrem Leben. Dazu gehören in Deutschland die politischen Gegner:innen der Nazis ebenso wie die gesamte jüdische Bevölkerung, die Sinti und Roma, Menschen mit Einschränkungen und Menschen, deren Lebenssituation und Lebenswandel nicht der NS-Ideologie entsprach, sowie Kriegsdienstverweigerer und Deserteure.

Die überlebenden Verfolgten und Widerstandskämpfer:innen gehörten zu den wenigen Deutschen, die den 8. Mai als Befreiung erlebten. Nur von den nun befreiten Zwangsarbeiter:innen, die aus allen besetzten Ländern hierher verschleppt worden waren, sind kleinere Freudenfeste der Überlebenden auf den Straßen bekannt.

Die deutsche Wirtschaft, allen voran Chemie- und Rüstungsindustrie sowie die Banken waren die Gewinner von „Arisierung“, Krieg und der Ausbeutung von KZ-Häftlingen und Zwangsarbeit. Diese Gewinne bildeten die Grundlage des „Wirtschaftswunders“ in der Bundesrepublik, während die Opfer um jede Mark Entschädigung kämpfen mussten und bis heute kämpfen müssen.

Zu Letzteren gehören auch die rund 600.000 sogenannten italienischen „Militärinternierten“, denen die Nazis den Status der Kriegsgefangenen verweigert hatten. Mindestens 50.000 von ihnen überlebten die Verschleppung nach Deutschland nicht. Den Überlebenden wird bis heute selbst die viel zu späte und nur symbolische Entschädigung für die geleistete Zwangsarbeit vorenthalten. Die abenteuerliche Begründung dazu lautet, es solle sich das alte Unrecht – nicht als Kriegsgefangene anerkannt zu sein – nicht wiederholen. Für Kriegsgefangene gibt es keine Entschädigung. Eine Schande, die die wohlgewählten Worte der Politiker:innen zu Gedenktagen hohl klingen lässt.

Liebe Anwesende,

Wir alle, die heute leben, verdanken die Möglichkeit eines Lebens in Frieden, Freiheit und Vielfalt den Siegern des 8. Mai. Die alliierten Streitkräfte, unter denen die Rote Armee mit Abstand die größte Last des Krieges in Europa zu tragen hatte, sind und bleiben auch unsere Befreier. Mit besonderer Dankbarkeit erinnern wir an den Beitrag, den der deutsche antifaschistische Widerstand in Deutschland, in der Emigration, als Teil von Partisanenverbänden und in den Streitkräften der Anti-Hitler-Koalition geleistet hat.

Für uns nachgeborene Antifaschistinnen und Antifaschisten ist der deutsche antifaschistische Widerstand das Wertvollste aus der deutschen Geschichte der letzten 100 Jahre, denn allein, dass es ihn gegeben hat, erlaubt uns mit

erhobenem Haupt durchs Leben zu gehen. Und das verpflichtet uns, nicht zu vergessen und darauf zu bestehen, dass die Übernahme von Verantwortung für die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands für diesen Staat auch bedeutet: Bestrafung der Täter und Entschädigung der Opfer – wenigstens Letzteres ist noch möglich und bleibt notwendig.

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Diese Herausforderung, die die befreiten Häftlinge von Buchenwald am 19. April 1945 formuliert haben, war zugleich die Hoffnung der Befreiten. Damit waren sie in der Bundesrepublik Deutschland eine Minderheit: Remilitarisierung und Restauration, gepaart mit Antikommunismus als Staatsdoktrin und der Rehabilitierung alter Nazis als „neue Demokraten“, bestimmten das gesellschaftliche Klima. Meine Generation hatte das Glück, in den 1960er und 1970er Jahren Aufbrüche in vielen Teilen der Welt und auch im eigenen Land zu erleben. Allerdings immer gegen entschiedenen – auch militanten – Widerstand der extremen Rechten.

Nun begehen wir den 80. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg in einer Zeit, in der in ganz Europa und darüber hinaus neue Faschistinnen und Faschisten nach der Macht greifen oder sie gar schon ergriffen haben.

Überall in Europa feiern extrem rechte Parteien Erfolge. In Deutschland verfügt die extreme Rechte mit der AfD erstmals seit 1945 flächendeckend über einen „parlamentarischen Arm“. Sie bildet heute das Zentrum der (neo-)faschistischen Szene und hat mit den Landtagswahlen in Thüringen und Brandenburg erstmals machtpolitische Bedeutung erreicht. Zu ihren Zielen gehört die Auslöschung der Erinnerung an die Menschheitsverbrechen der Nazis ebenso wie die Verklärung der faschistischen „Volksgemeinschaft“, die Leib und Leben Aller bedroht, die als nicht dazu gehörig definiert werden.

Zugleich ist die AfD seit ihrer Gründung ein wesentlicher Motor der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung im Land: Rassismus, Chauvinismus, Antisemitismus und Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Queerfeindlichkeit – alle möglichen Ideologien sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Ausgrenzung haben Konjunktur. Infolge jahrzehntelanger neoliberaler Politik hat die soziale Spaltung der Gesellschaft ein Ausmaß erreicht, in dem die Angst vor dem Abstieg Anpassungsdruck und Ausgrenzungsbereitschaft erhöht.

Wir erleben, dass Grundrechte immer weiter eingeschränkt werden. Wir sehen mit Sorge, wie unbarmherzig Politik und Gesellschaft die Abschottung

Europas unter vollständiger Abkehr von Menschenrechten und internationalem Recht und in Kooperationen mit rechten Regierungen rund um Europa herum vorantreibt und Menschen auf der Flucht kriminalisiert und entrechtet werden. Die erste vom neuen Bundeskanzler verkündete Maßnahme der neuen Regierung ist die Schließung der Grenzen und die Abweisung auch von Schutzsuchenden. Damit liegt sie ganz auf der Linie der AfD, Flucht und Migration zur „Mutter aller Probleme“ zu erklären und das macht sehr deutlich, wie weit diese Gesellschaft schon nach rechts gerückt ist ...

Die AfD muss verboten werden! Sie steht mit ihrem völkischen Nationalismus, mit offener Demokratie- und Emanzipationsfeindlichkeit, mit ihrem Geschichtsrevisionismus und Militarismus (trotz geheuchelter Friedensliebe) in der Tradition der NSDAP. Solange sie nicht verboten ist, finanzieren wir alle mit unseren Steuern ihre Hass- und Hetzpropaganda gegen alle und alles, was der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ fremd ist. Solange sie nicht verboten ist, schöpft sie aus Legalität Legitimität.

Solange sie nicht verboten ist, werden wir ihr mit vielen anderen offensiv entgegentreten, wo immer sie sich zeigt, so wie in Essen und Riesa mit „Widersetzen und wie an jedem Tag des Jahres mit „Aufstehen gegen Rassismus“ und lokalen Bündnissen gegen Rechts.

Genauso wichtig ist es, der Abkehr der herrschenden Politik von Grund- und Menschenrechten entgegenzutreten und die politischen und sozialen Errungenschaften der letzten 80 Jahre zu verteidigen.

Der russische Angriff auf die Ukraine ermöglichte in Deutschland eine „Zeitenwende“, die mit gigantischer Aufrüstung und einer rasanten Militarisierung der Gesellschaft verbunden ist. Ein 100 Milliarden-Vermögen für die Bundeswehr steht nun im Grundgesetz, das jahrelang umstrittene „Zwei-Prozent-Ziel“ der NATO wurde im Parlament durchgewinkt und wird inzwischen in Forderungen nach mehr weit übertroffen. Die neue Große Koalition hat noch mit der Mehrheit des alten Parlaments weitere 500 Milliarden für schuldenfinanzierte Aufrüstung bereitgestellt. Rheinmetall und andere Rüstungskonzerne dürfen sich auf Mega-Gewinne freuen, während bei Bildung, Gesundheit und Sozialstaat gespart wird. Der Verteidigungsminister weist der „Kriegstüchtigkeit“ oberste Priorität zu, und dieses Ziel wird nun auf allen Politikfeldern verfolgt: Bundeswehr in den Schulen, Rekrutierung Minderjähriger, Wehrerfassung männlicher Jugendlicher als Vorbereitung zur Wehrpflicht, gigantische Werbefeldzüge fürs Töten und Sterben. „Heimatschutz“-Einheiten aus Teilzeit-Krieger:innen üben an Wochenenden, öffentliche Vorführungen von zivil-militärischer Zusammenarbeit werden publizistisch begleitet und die Marine patrouilliert im

Südchinesischen Meer. Das erfüllt uns mit tiefer Sorge und verlangt unseren entschiedenen Widerspruch.

Wir fordern statt dessen die Stärkung der Vereinten Nationen und der mit ihnen verbundenen Institutionen und internationalen Verträge, die Rückkehr zu Diplomatie und Verhandlungen statt weiterer Aufrüstung auf allen Seiten.

Vor genau 40 Jahren sprach ein Präsident der Bundesrepublik an einem 8. Mai von Befreiung. Bis dahin hatte die Sicht der Nazis, der Deutsch-Nationalen, der „Frontkämpfer“, der Profiteure und Mitläufer das offizielle Vokabular geprägt: Zusammenbruch, Kapitulation, Besatzer. Mit Weizsäckers Rede wurde die Perspektive der Verfolgten des Nazi-Regimes „gesellschaftsfähig“. Wir wollen, dass das so bleibt.

Deshalb wollen wir den 8. Mai endlich zum Feiertag machen, den Tag, den die Überlebenden als „Morgenröte der Menschheit“ erlebt haben, wie es Peter Gingold ausgedrückt hat.

Wir wollen am 8. Mai vor allem an die Hoffnung der Befreiten auf eine Welt ohne Kriege, Elend und Unterdrückung erinnern und diese als Impuls nehmen, weiter an der Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit zu arbeiten und diese Vision dem Hass und der Hetze von rechts und dem Wahn, ausgerechnet Deutschland müsse wieder „Verantwortung“ übernehmen, entgegensetzen.

Das ist heute mehr denn je in den letzten 80 Jahren eine enorme Herausforderung, für die wir unsere Kräfte und die aller möglichen Bündnispartner bündeln und auf das Wesentliche konzentrieren müssen:

Alle zusammen gegen den Faschismus und nie wieder Krieg!

Cornelia Kerth